



Detailansicht des Registereintrags

K+S Aktiengesellschaft

Aktuell seit 04.12.2025 15:15:31

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer: R001658

Ersteintrag: 25.02.2022

Letzte Änderung: 04.12.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 27.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten:
Adresse:
Bertha-von-Suttner-Straße 7
34131 Kassel
Deutschland

Telefonnummer: +4956193010

E-Mail-Adressen:

corporate-communications@k-plus-s.com

Webseiten:

www.kpluss.com

Hauptstadtrepräsentanz:
Reinhardtstraße 18a
10117 Berlin

Telefonnummer: +4915256737153

E-Mail-Adresse: hauptstadtbuero@k-plus-s.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

910.001 bis 920.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,38

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Christian Meyer

Funktion: Vorstandsvorsitzender

2. Dr. Carin-Martina Tröltzsch

Funktion: Stellvertretende Vorstandsvorsitzende

3. Christina Daske

Funktion: Mitglied des Vorstands

4. Dr. Jens Christian Keuthen

Funktion: Mitglied des Vorstands

Braute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. Dr. Cornelia Henning

2. Dr. Hagen Trott

3. Dr. Ludger Waldmann

4. Markus Midden

5. Christian Storch

Tätigkeit bis 02/22:

Mitarbeiter

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

6. Tobias Andres

7. Dr. Harald Schwager

8. Dr. Christian Meyer

9. Dr. Jens Christian Keuthen

Mitgliedschaften (4):

1. Verband der Kali- und Salzindustrie e.V., VKS

2. Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V., VIK

3. econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.

4. Branchenübergreifende Initiative "Made for Germany" (R007556)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (10):

Allgemeine Energiepolitik; Sonstiges im Bereich "Energie"; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Industriepolitik; Heimische Rohstoffgewinnung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die bundespolitische Interessenvertretung der K+S Aktiengesellschaft dient dem Zweck, das grundsätzliche Verständnis für die heimische Rohstoffgewinnung von Kali- und Steinsalzen, dessen Wertschöpfung und die volkswirtschaftliche Bedeutung im politischen Umfeld zu fördern. Darüber hinaus soll der transparente Dialog mit der Politik dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens sowie seiner über 10.000 Industriearbeitsplätze in Deutschland zu schützen. Neben der Rohstoff- und Umweltpolitik gehören zu den Interessensfeldern von K+S u.a. die Industrie- und Energiepolitik, die Agrar- und Ernährungspolitik sowie die für börsennotierte Unternehmen / Arbeitgeber relevanten Bereiche der Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik. Hierfür unterhält die K+S ein Hauptstadtbüro in Berlin.

Konkrete Regelungsvorhaben (18)

1. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen, Stärkung industrieller Wettbewerbsfähigkeit sowie Förderung der heimischen Rohstoffgewinnung

Beschreibung:

Mit Blick auf die Verabredung im Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode wirbt die K+S AG dafür, die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu verbessern und hierfür u.a. das Bundesberggesetz regulatorisch so anzupassen, dass Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigt werden, der wirtschaftliche Abbau heimischer Rohstoffe weiterhin ermöglicht wird und somit die Abhängigkeiten Deutschlands von ausländischen Rohstoffimporten reduziert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13092 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBergG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2412060017](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. [SG2512010025](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

2. Zielführende Vereinfachung bei Planung, Bau und Betrieb von Anlagen sowie Rohstoffgewinnungsverfahren mittels des 4. Bürokratieentlastungsgesetzes

Beschreibung:

Die K+S AG wirbt dafür, dass Planung, Bau und Betrieb industrieller Anlagen sowie der Ablauf von Rohstoffgewinnungsverfahren bürokratisch vereinfacht werden. Nur so kann die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands reduziert und die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft gestärkt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBergG [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; BiMSchG [alle RV hierzu]; BiMSchV 9 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406260300](#) (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

2. [SG2406270182](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. [Sicherung der Antragsberechtigung und Durchführung weiterer Gebotsrunden bei der Förderrichtlinie Klimaschutzverträge](#)

Beschreibung:

Das Förderprogramm „Klimaschutzverträge“ soll Industrieunternehmen dabei unterstützen, in klimafreundliche Produktionsanlagen zu investieren, deren Betrieb angesichts hoher Stromkosten in Deutschland andernfalls nicht wirtschaftlich wäre. Die K+S AG wirbt dafür, dass weitere Gebotsrunden durchgeführt werden und die Kali-Branche antragsberechtigt ist.

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412170052](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. [Wiedereinführung des \(Stromsteuer-\)Spitzenausgleiches bzw. Beibehaltung der aktuellen Stromsteuer-Absenkung](#)

Beschreibung:

Die K+S AG strebt die Wiedereinführung des Spitzenausgleichs bei der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe an bzw. eine Verlängerung der aktuell geltenden Absenkung der Stromsteuer über das Jahr 2025 hinaus.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9792 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zweite Beschlussempfehlung und Zweiter Bericht des Haushaltsausschusses - zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 20/8298, 20/8765 - Entwurf eines Haushaltfinanzierungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409300186 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Einführung einer angemessenen Regelung zum Ende der Abfalleigenschaft im Bereich der mineralischen Ersatzbaustoffe**

Beschreibung:

Mit der Abfallende-Verordnung könnten bestimmte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) effektiver im Kreislauf geführt werden. Abfälle könnten vermieden und Ressourcen gespart werden. Die Herstellung sofort einsatzfähiger Recycling-Produkte trägt dazu bei, Transporte zu vermeiden und die Umweltbelastung zu reduzieren.

K+S begrüßt diese Initiative und erhofft sich vereinfachte Verfahren und eine positive Auswirkung auf die Zielwerte zur Verringerung von Abfällen und Energie (Abdeckung der Rückstandshalden).

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; ErsatzbaustoffV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

6. **Angemessene und verhältnismäßige Reform des BBodSchG**

Beschreibung:

Es gab eine Ankündigung des BMUV, das BBodSchG zu novellieren (Arbeitsauftrag aus dem Koalitionsvertrag). Dazu wurde im März 2022 ein Eckpunktepapier vorgelegt. Des Weiteren hat das BMUV beim Umweltbundesamt ein Fachgutachten zu Rechtsfragen in Zusammenhang mit einer Novelle des BBodSchG in Auftrag gegeben.

Für K+S (und die Resilienz Deutschlands) ist es wichtig, dass der Rohstoffabbau in Deutschland durch neue Vorgaben und Regelungen nicht unverhältnismäßig stark belastet bzw. verhindert oder unwirtschaftlich gestellt wird.

Betroffenes geltendes Recht:

BBodSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

7. Gleichlauf einsetzbarer Abfälle in der ErsatzbaustoffV und den "TR - Anforderungen an die Verwertung von bergbau fremden Abfällen im Bergbau über Tage"**Beschreibung:**

Durch Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung am 1. August 2023 ist eine Überprüfung der "Technischen Regeln - Anforderungen an die Verwertung von bergbau fremden Abfällen im Bergbau über Tage" erforderlich. Die Technischen Regeln betreffen u. a. die Abdeckung von Kalihalden.

Für K+S ist es wichtig, dass eine Analogie zur Ersatzbaustoffverordnung bzgl. der einsetzbaren Abfälle hergestellt wird, damit die Rückstandshalden aus dem Kalibergbau aus dem laufenden Betrieb heraus von K+S eigenständig und nachsorgefrei abgedeckt werden können, ohne gesellschaftliche Altlasten zu hinterlassen.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; BBodSchV 2023 [alle RV hierzu]; DepV 2009 [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; ErsatzbaustoffV [alle RV hierzu]; AbfKlärV 2017 [alle RV hierzu]; BioAbfV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

8. Implementierung von industriegerechter Planungssicherheit und -beschleunigung im Verwaltungsverfahrensrecht**Beschreibung:**

Die K+S AG strebt zügige, verlässliche und rechtssichere Planungs- und Genehmigungsprozesse auf allen staatlichen Ebenen an sowie effektive Verwaltungsstrukturen, die Investitionssicherheit schaffen und Planungssicherheit ermöglichen. Nur so kann die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands reduziert und die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft gestärkt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften (5. VwVfÄndG)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VwVfG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2407010003 (PDF - 37 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 07.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

2. SG2509130001 (PDF - 34 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 23.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. Berücksichtigung eines Netzanschlussvorhabens im Bundesbedarfsplangesetz

Beschreibung:

Die K+S AG setzt sich dafür ein, dass das für die europäische Düngemittelproduktion systemrelevante Werk Werra in Hessen gemeinsam mit weiteren industriellen Großverbrauchern im Werratal im Rahmen eines Gemeinschaftsanschlusses an das Höchstspannungsnetz angeschlossen wird (u.a. Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz). Nur wenn die Energieversorgung des Unternehmens mit ausreichenden Mengen grünen Stroms auch in Zukunft gesichert ist, können die bereits angestoßenen Transformationsbemühungen erfolgreich umgesetzt werden. Dies sichert die langfristige Gewinnung heimischer Rohstoffe und ermöglicht somit, dass die Abhängigkeiten Deutschlands von ausländischen Rohstoffimporten reduziert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BBPlG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2409300171 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2409300177](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

10. Faire Rahmenbedingungen für den Schienengüterverkehr in Deutschland

Beschreibung:

Die K+S AG setzt sich für faire Rahmenbedingungen im Schienengüterverkehr und in diesem Zusammenhang für einen Ausbau der Schieneninfrastrukturen sowie einen verlässlichen, sicheren und bezahlbaren Transport von Waren mit der Bahn als klimafreundliches Beförderungsmittel ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12400 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltspans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ERegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. [SG2409300181](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [SG2509070002](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

3. **SG2509240036** (PDF - 34 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

4. **SG2512040020** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

11. Industrielle Wertschöpfung in Deutschland halten, Netzentgelte anpassen**Beschreibung:**

Angesichts der im internationalen Vergleich hohen Energiepreise in Deutschland und des weltweiten Wettbewerbs energieintensiver Industrien setzt sich die K+S AG für die Reduzierung der Netzentgelte als Bestandteil der Energiekosten ein.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409300182** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. Aufbau eines Regulierungs- und Finanzierungsrahmens für eine Wasserstoffspeicherinfrastruktur

Beschreibung:

Die K+S AG setzt sich dafür ein, dass im Zuge des Aufbaus des Wasserstoffkernnetzes in Deutschland ausreichende Kapazitäten für Wasserstoffspeicher berücksichtigt werden und für deren Aufbau ein passender regulatorischer Rahmen geschaffen wird.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409300183 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. Grundgesetzliche Verankerung der Ernährungssicherheit

Beschreibung:

Vor dem Hintergrund der strategischen und geopolitischen Bedeutung des Landwirtschaftssektors für die Resilienz Deutschlands setzt sich die K+S AG dafür ein, dass die Ernährungssicherheit als staatliches Ziel in das Grundgesetz aufgenommen wird.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409300185 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

14. Novelle des Raumordnungsgesetzes unter adäquater Berücksichtigung der heimischen Rohstoffgewinnung

Beschreibung:

Die K+S AG setzt sich im Zuge der Novelle des Gesetzes für die Fortsetzung der heimischen Rohstoffgewinnung und somit für die Stärkung der Resilienz der deutschen Wirtschaft ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13091 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ROG 2008 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412060018](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.10.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

15. Handelspolitik (international)

Beschreibung:

Die K+S AG setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen im internationalen Kontext ein.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412170050](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.12.2024 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 16.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

16. Projekte zur Unterstützung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Afrika**Beschreibung:**

Die K+S AG setzt sich für eine wirksame Entwicklungspolitik durch die Unterstützung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Afrika ein.

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2507270001](#) ([PDF - 5 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2025 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [[alle SG dorthin](#)]

17. Energieintensive Produktion am Standort Deutschland sichern und unterstützen**Beschreibung:**

K+S setzt sich für die Unterstützung und Sicherung der energieintensiven Industrieproduktion in Deutschland ein und plädiert in diesem Zuge unter anderem für die Ausweitung der Beihilfen für stromintensive Unternehmen zur Kompensation indirekter CO2-Kosten zum Zwecke des Erhalts internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Betroffenes geltendes Recht:

[TEHG 2025](#) [[alle RV hierzu](#)]; [BECV](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512030014](#) ([PDF - 3 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 08.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [[alle SG dorthin](#)]

18. Europäische Richtlinien bürokratiearm, industriegerecht und möglichst 1:1 umsetzen; aktuell v.a. Industrieemissionsrichtlinie

Beschreibung:

K+S setzt sich für eine bürokratiearme Umsetzung von EU-Richtlinien in Deutschland ein (wenn möglich 1:1 und unter Berücksichtigung berechtigter Interessen der Industrie). Aktuell bezieht sich die Interessenvertretung hier v.a. auf die Umsetzung der Vorgaben aus der Industrieemissionsrichtlinie.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.07.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 4 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2512040019 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

- Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Wasserrückgewinnung aus Haldensickerwässern auf der Basis von Membrandestillationsprozessen und Kopplung mit Kristallisation

2. Bundesministerium für Bildung und Forschung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Recycling von industriellen salzhaltigen Wässern durch Ionentrennung, Konzentrierung und intelligentes Monitoring

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

K_plus_S_Geschaeftsbericht_2024.pdf